

Rheinische Post vom 15.06.2016 , S. 1

Land zahlt auch Privaten Fluthilfe

Bis zu 2500 Euro gibt es für Haushalte, die sich nicht versichern konnten.

DÜSSELDORF (tor) Die Landesregierung will privaten Hochwasser-Opfern finanziell helfen. Nach den Unwettern der vergangenen Wochen können Privathaushalte aus besonders betroffenen Regionen eine Soforthilfe beantragen. Je nach Haushaltsgröße könnten zwischen 1000 und 2500 Euro gezahlt werden, sagte der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger (SPD) nach einer Sitzung des Kabinetts.

Die Hilfe werde derzeit Betroffenen in den Kreisen Borken, Kleve, Rhein-Sieg und Wesel sowie der Stadt Bonn gewährt. Voraussetzung sei, dass Schäden in Höhe von mindestens 5000 Euro entstanden seien, die nicht versichert werden konnten. Auch kleine Gewerbe- und Landwirtschaftsbetriebe sollen So-

forthilfen erhalten – aber erst ab einer Schadenshöhe von 10.000 Euro. Für Rückfragen können Betroffene sich unter der Rufnummer 0211 871-2300 an das Landesinnenministerium wenden.

Bei einem Besuch in der Gemeinde Sonsbeck im Kreis Wesel hatte Kraft vor rund einer Woche gesagt, die Landesregierung werde Finanzhilfen für die Hochwasser-Opfer prüfen, „um zu sehen, was das Land tun kann“. Sie sagte aber auch: „Wir können als Land keine privaten Schäden abdecken, denn man kann nicht jeden mit Steuermitteln begünstigen, der keine Versicherung abgeschlossen hat.“ Für die CDU im Landtag sind die Hilfen der Landesregierung deshalb jetzt das Ergebnis einer Kehrtwende: „Erst sagt Frau

Kraft, man könne nichts machen, nun also doch: Dieses Hin und Her hätte es nicht gegeben, wenn Rot-Grün vor zwei Jahren unseren Antrag zur Einrichtung eines Unwetterfonds unterstützt hätte“, sagte der kommunalpolitische Sprecher André Kuper.

Zumindest in diesem Punkt scheinen Landesregierung und Opposition sich inzwischen einig zu sein. Nach Jägers Worten bereitet das Kabinett derzeit die Einrichtung eines Härtefonds vor, um künftig umgehend Soforthilfen leisten zu können. Jäger fügte hinzu: „Aufgrund des Klimawandels steigt die Wahrscheinlichkeit für solche Naturkatastrophen. Es braucht dafür ein verlässliches, unbürokratisches und transparentes Verfahren.“